



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 18. Januar 2019

Band 13, Ausgabe I

Themen

- **Maut**
- **Fahrverbote**
- **Abschiebung**

«Diese Nacht hat eine klare Botschaft: Bei uns gilt nicht das Gesetz der Familie, sondern das Gesetz des Staates.»

(NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) anlässlich der größten Razzia gegen Clankriminalität in der Geschichte des Bundeslandes)

In dieser Ausgabe:

- Ländliche Regionen stärken 2
- Nationaler Bildungsbericht 2
- Sichere Herkunftstaaten 3
- Bargeldobergrenze 3
- Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten gewährleisten 3
- Mautsystem in staatlicher Hand 4

Sitzungswoche und Brexit

Das neue Jahr hat für die Union gut angefangen. In Klausuren des CDU-Bundesvorstandes und der CSU-Landesgruppe haben wir Geschlossenheit demonstriert und wollen diese auch tatsächlich mit Leben füllen. Nun gilt es, dass wir intensiv für die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und das Wohl unseres Landes arbeiten.

Die Menschen haben die Erwartung an uns, dass wir uns um die bestehenden Probleme kümmern. Wohnen, innere und äußere Sicherheit, Verkehr und Mobilität, aber auch Migration und gute Pflege – das sind die Fragen, die ihnen am Herzen liegen.

Wir wollen vor allem die Mitte der Gesellschaft und die Familien mit unserer Politik erreichen – das ist die beste Gewähr für einen guten Zusammenhalt in unserem Land. Gleichzeitig wollen wir bei den nicht

wenigen Problemen in der Europa- und Außenpolitik Gutes bewirken – für Deutschland und Europa.

In dieser Woche hat uns vor allem der Brexit beschäftigt. Wir sollten mit Klugheit auf die Entscheidungen im Vereinigten Königreich reagieren. Wir bedauern seinen Austritt aus der EU, wir bleiben aber den Briten partnerschaftlich verbunden.

Das britische Unterhaus hat am Dienstagabend das mit der Europäischen Union ausgehandelte Austrittsabkommen abgelehnt. Das

Dennoch schafft das Votum weitere Unsicherheit in einer Zeit, in der Großbritannien Stabilität braucht. Ein ungeordneter Brexit wäre schlecht für die Menschen und Unternehmen in ganz Europa, aber auch im Vereinigten Königreich selbst.

Das Votum muss noch nicht das letzte Wort sein. Die britische Regierung muss dem Parlament in der nächsten Woche einen Vorschlag machen, wie der Austrittsvertrag doch noch in Kraft treten könnte.

Bis zum 29. März – dem offiziellen Austrittsdatum - bleibt noch Zeit, das Ruder herumzureißen. Die Unionsfraktion hofft in dieser sehr schwierigen Lage auf die Vernunft und das Verantwortungsbewusstsein bei den Kollegen im Londoner Unterhaus. Denn es geht in diesen Tagen nicht nur um die Gestaltung guter gemeinsamer Beziehungen zwischen den Briten und der europäischen Völkerfamilie. Es geht vor allem um die Zukunft der jungen Menschen in Großbritannien.



Ländliche Regionen stärken

Wir haben diese Woche den Koalitions-Antrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ debattiert. Jede ländliche Region hat das Zeug zum Kraftzentrum. Diese Kraft muss aber auch freigesetzt werden können. Dies ist für die Unionsfraktion seit jeher ein Herzensanliegen.

Für die Union sind ländliche Regionen kein Anhängsel der Ballungszentren, sondern Fundament unseres Landes. Mehr als die Hälfte der Deutschen lebt dort. Es ist die Heimat des Mittelstandes. Nirgendwo gibt es mehr Ehrenamt. Allerdings gibt es auch Schattenseiten – real und gefühlt. Eine besondere Dynamik und Vielfalt prägt viele ländliche Regionen in Deutschland. Innovative mittelständische Unternehmen, ein naturnahes Lebensumfeld und ein



buntes, starkes Vereinsleben steigern den Charme des Lebens auf dem Land. Der Erfolg einer Region steht und fällt mit ihrer Wirtschaft. Die Menschen wollen nicht nur schöner wohnen, sondern auch besser leben. Dazu brauchen sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Wir brauchen keine Museumsdörfer

sondern Vitalorte. Tradition und Moderne schließen sich dabei nicht aus. Zur ‚Landlust‘ gehört die ‚Wirtschaftswoche‘, zu Big Data auch das Dirndl. Dafür braucht es einen klaren und unverstellten Blick: Sachlichkeit statt Ideologie, Pragmatismus statt Verklärung, Herz statt Bürokratie.

Hierfür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Unser Antrag ist Ermächtigung und Aufforderung an die Bundesregierung zugleich. Wir brauchen keine Sonntagsreden sondern Montagshandeln – auch und gerade für das Ehren-

amt. Ohne dies ist auf dem Land kein Staat zu machen. Mehr als alles andere benötigt dies eine Entbürokratisierungsoffensive: Für die Freiwillige Feuerwehr, die Chöre, Sportvereine oder Hospizinitiativen.

Gleiches gilt auch für unsere Landwirte. Landwirtschaft ist heute mehr als Mistgabel und Heuhaufen. In der Brust des modernen Landwirts schlagen längst zwei Herzen: Eines für das Leben mit, von und in der Natur und eines als mittelständischer High-Tech-Unternehmer. Die Bauernregel muss sich mit dem Computer messen, die Milchkanne mit dem Melkroboter.

Eine wachsende Weltbevölkerung bedingt einen guten Umgang mit Ressourcen. Die Landwirtschaft spielt hierbei künftig eine noch größere Schlüsselrolle. Nie war unser Tisch so reichlich und verträglich gedeckt - das soll auch in Zukunft so bleiben. Politik muss daher der Partner der Landwirte sein, nicht der Spielverderber.

Nationaler Bildungsbericht

Der seit 2006 alle zwei Jahre erscheinende Bildungsbericht betrachtet umfassend die gesamte Bildungskette von frühkindlicher Bildung bis zur Weiterbildung. Er wird stets von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe erarbeitet.

Nachdem der aktuelle Bericht bereits 2018 veröffent-



licht wurde, folgt nun die Stellungnahme der Bundesregierung. Hervorgehoben werden darin eine kontinuierlich gestiegene Bildungsbeziehung und der Bildungsstand der Bevölkerung.

So verfügten beispielsweise 2006 lediglich 23 % der Bevölkerung ab 15 Jahren über eine Hoch-

schulreife, 2016 waren dies bereits 31 %. Darüber hinaus geht die Stellungnahme auch auf Herausforderungen wie die anhaltenden Unterschiede zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze ein und betont, dass ein steigender Bildungsstand nicht nur zu besserer Integration auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch zu mehr politischem und ehrenamtlichen Engagement sowie einem gesünderen und zufriedenerem Leben führt.

Sichere Herkunftsstaaten

Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung über das Gesetz zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten abstimmen.



Ich hoffe sehr, dass die Grünen die längst fällige Einstufung im Bundesrat

nicht erneut zu Fall bringen, wie sie das 2017 getan haben.

Die Folge der Blockade der Grünen wäre ein fortgesetzter Asylmissbrauch, denn Asylbewerber aus diesen Staaten haben faktisch keine Aussicht auf Anerkennung.

Und es geht schon gar nicht, dass die Grünen-Vorsitzende

Baerbock vor Weihnachten einerseits die konsequente Ab-

schiebung straffälliger abgelehnter Asylbewerber fordert und jetzt auf der anderen Seite nicht bereit ist, dafür die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

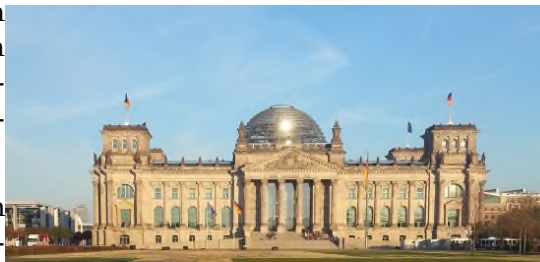
Wir als Union wollen alles dafür tun, dass keine weiteren Migranten maghrebinischer oder georgischer Herkunft unter dem Deckmantel der Asylsuche nach Deutschland einreisen. Mit der Einstufung ist das klare Signal verbunden, sich nicht auf den Weg nach Deutschland zu machen.

Bargeldobergrenze

Über den Jahreswechsel ist die Diskussion um die Einführung einer Bargeldobergrenze - insbesondere auch durch öffentliche Äußerungen einer Kollegin aus der EVP-Fraktion des Europaparlamentes - wieder aufgeflammt.

Als Unionsfraktion lehnen wir eine solche Bargeldobergrenze klar ab. Euro-Banknoten sind einziges unbeschränkt gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland - und das soll auch so bleiben.

Jeder soll auch in Zukunft mit Bargeld bezahlen können. Das ist für uns auch ein Ausdruck



unserer freiheitlichen Gesellschaft. Auch wenn mit der Digitalisierung neue zusätzliche Möglichkeiten zur Bezahlung entstehen, lehnen wir eine Ab-

schiebung des Bargelds strikt ab. Dazu haben wir uns auch eindeutig im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU positioniert.

Die Herausforderung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung nehmen wir ernst. Die Antwort sehen wir aber nicht in der Beschränkung der Bargeldzahlung, sondern in gezielten effektiven Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung.

Verhältnismäßigkeit von Fahrverboten gewährleisten

Diese Woche haben wir die parlamentarischen Beratung des 13. Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum Umgang mit Diesel-Fahrverboten in deutschen Städten begonnen.

Es ist begrüßenswert, dass angesichts der angespannten Situation die Bundesregierung nunmehr einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der klar definiert, bis zu welchem Toleranzwert Die-

sel-Fahrverbote nicht verhältnismäßig sind. Das Bundesverwaltungsgericht hatte ja eindeutig die Verhältnismäßigkeit von Diesel-Fahrverboten normiert.

Die gesetzliche Regelung ist ein wichtiger Beitrag für die betroffenen Kommunen, die unter Diesel-Fahrverboten erheblich leiden müssten. Zielführender als Fahrverbote sind neben weiteren technischen Emissionsminderungen solche Maßnahmen, die den Ver-

kehr fließend halten, oder aber stadtentwicklungspolitische Ansätze, um den Zuzugsog in die städtischen Ballungszentren zu reduzieren. Zudem haben Bund, Länder und Kommunen in den zurückliegenden Monaten Maßnahmen ergriffen, die Luftqualität weiter zu verbessern. All dies muss bei Entscheidungen über Fahrverbote ebenfalls berücksichtigt werden.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Sie ist unzerstörbar. Sie ist die Kakerlake im nuklearen Winter. Sie ist die Alge, die im schwefelhaltigem Gas von subaquatischen Vulkanen überlebt, sieben Meilen unter dem Tageslicht. Sie ist das (robuste) Nokia 5210.»

(Der Sketch-Autor Tom Peck in der britischen Zeitung «The Independent» über Premierministerin Theresa May)

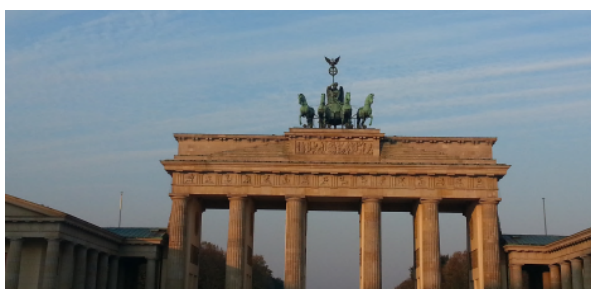
Mautsystem in staatlicher Hand

Seit der Einführung der Lkw-Maut am 01.01.2005 sind viele Jahre vergangen. Das Mautsystem, das die Toll Collect GmbH im Auftrag des Bundes betreibt, läuft reibungslos. Gemeinsam mit der Toll Collect GmbH haben wir eine Reihe von Mauterweiterungen umgesetzt. Wir haben das Streckennetz stetig erweitert und die Mautpflicht abgesenkt. Wie geplant, konnte die Mautpflicht zum 01.07.2018 auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden. Zuletzt wurden die auf Basis des aktuellen Wegekostengutachtens geänderten **M a u t s ä t z e** zum 01.01.2019 erfolgreich eingeführt. Für die nächsten Jahre erwarten wir jährliche Maut-einnahmen von über 7 Milliarden Euro, die als zentraler Bestandteil des Investitionshochlaufes direkt in den Erhalt und Ausbau der Straßen fließen.

Der Betreibervertrag mit der Toll Collect GmbH und den ehemaligen Gesellschaftern ist am 31.08.2018 ausgelaufen. Zur Weiterführung der Lkw-Maut haben wir im November 2016 eine europaweite Ausschreibung zum Abschluss eines neuen Betreibervertrages

Vor der Veröffentlichung der europaweiten Auftragsbe-

kanntmachung wurde eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt, bei der festgestellt wurde, dass der Betrieb des Mautsystems durch einen Privaten wirtschaftlicher ist als der Eigenbetrieb durch den Bund. Auf dieser Basis haben wir entschieden, die Leistungserbringung durch einen privaten Betreiber auszuschreiben.



Durch die zwischenzeitlich erfolgte Beendigung der Schiedsverfahren mit der Toll Collect GmbH und deren ehemaligen Gesellschaftern, die reibungslose Ausweitung der Mauterhebung auf alle Bundesstraßen zum 01.07.2018 sowie die sog. Interimsphase, in der der Bund seit dem 01.09.2018 alleiniger Eigentümer der Toll Collect GmbH ist, haben sich die Grundlagen des Vergabeverfahrens Lkw-Maut wesentlich geändert. Eine Neuuntersuchung, die die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Eigen- bzw. Fremdrealisierung des Lkw-Mautsystems gegeneüberstellt hat, ergab nun, dass die Eigenrealisierung des Lkw-Mautsystems gegenüber der

Fremdrealisierung — entgegen der bisherigen Annahme — für den Bund wirtschaftlich vorteilhaft ist. Eine Veräußerung an Private kann nur erfolgen, wenn dies für den Bund wirtschaftlich ist. Da dies nicht der Fall ist, hat die Bundesregierung das Vergabeverfahren Lkw-Maut aufgehoben. Die Bundesrepublik Deutschland wird dauerhaft Eigentümerin der Toll Collect GmbH bleiben. Dadurch kann der Bund flexibel auf rechtliche Änderungen auch auf europäischer Ebene reagieren. Die dauerhafte Eigentümerstellung erlaubt zudem, die Synergieeffekte zwischen dem Lkw-Mautsystem und den Systemen zur Erhebung und Kontrolle der Infrastrukturabgabe nutzen zu können.

Die Infrastrukturabgabe wird im Oktober 2020 an den Start gehen. Derzeit beginnt der Systemwechsel. Mit der Infrastrukturabgabe stärken wir das Verursacherprinzip und vollziehen einen echten Systemwechsel von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung der Straßen. Das Aufkommen aus der Erhebung der Infrastrukturabgabe wird abzüglich der Kosten (Erhebung, Kontrolle und Vollstreckung) zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur verwendet. Für deutsche Kfz-Halter kommt es durch reduzierte Kfz-Steuersätze dabei zu keiner Zusatzbelastung.